



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Flucht – Asyl – Zuwanderung -Verantwortlicher Umgang- Chancen und Herausforderung für die Kommunen

**Die Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung
der CDU Schleswig-Holstein (KPV) am 19. Oktober 2015 möge beschließen:**

I. Einleitung

Im August 2015 erklärte der Bundesminister des Innern Thomas de Maizière, dass Deutschland knapp 800.000 Flüchtlinge in diesem Jahr zu erwarten hat. Das sind fast 90 Prozent mehr Flüchtlinge, als im Frühjahr 2015 prognostiziert und viermal so viele wie im Vorjahr.

Für Schleswig-Holstein wurde die Prognose von 20.000 neuen Flüchtlingen auf 25.000 Flüchtlinge im Jahr 2015 nach oben korrigiert. Im Oktober 2015 wurde diese Zahl für Schleswig-Holstein wieder korrigiert und zwar auf ca. 50.000 bis Ende des Jahres 2015.

Unser Land steht vor einem gewaltigen Flüchtlingszustrom, der wahrscheinlich nicht nur einen kurzen Moment, sondern viele Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte anhalten wird. Die aktuelle Situation, wie Krieg, Vertreibung und Terror hat in vielen Teilen Afrikas, in Syrien, Irak, Afghanistan und vielen anderen Staaten auf dieser Welt zu einer regelrechten Völkerwanderung geführt, wie sie es seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Ein Ende ist hier nicht in Sicht.

Zudem verlassen vielen Menschen ihr Land, weil sie dort keine wirtschaftliche Existenzgrundlage mehr sehen, wie z.B. in vielen Balkanstaaten.

Deutschland steht im Jahr 2015 so gut da, wie kaum ein anderes Land. Die deutsche Wirtschaft wächst, trotz der Eurokrise, weiter und sucht händeringend nach Fachkräften. Des Weiteren gehört Deutschland auch zu einem der politisch stabilsten und sichersten Länder der Welt.

Daher ist gerade Deutschland für viele Flüchtlinge Zielland Nr. 1. Das bedeutet für uns eine große Herausforderung, aber auch eine Chance. Denn Deutschland braucht Fachkräfte, die teilweise nur durch Zuwanderung zu decken sind.

Hier darf aber das Asyl- und Einwanderungsrecht nicht mit einander vermischt werden. Für den deutschen Arbeitsmarkt brauchen wir ein geordnetes Verfahren, das z.B. durch ein Einwanderungs-gesetz geschaffen werden kann.

Deutschland trägt aber auch eine große Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen. Gerade, weil es uns im Moment so gut geht. Trotzdem muss zwingend eine europäische Lösung

36 und Verteilung für die Flüchtlinge gefunden werden. Nur eine gemeinsame Übernahme die-
 37 ser großen Verantwortung durch die Mitglieder der Europäischen Union wird zu einer lang-
 38 fristig guten Lösung führen.

39 Deutschland teilt derzeit die Herausforderungen, die die Flüchtlinge mit sich bringen, auf den
 40 Bund, die Länder und den Kommunen auf.

41 Bei einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik darf jede Ebene nur die Aufgaben erfüllen,
 42 die sie auch tatsächlich leisten kann. Das gilt insbesondere für die kommunale Ebene mit
 43 den Kreisen, Städten und Gemeinden. Denn hier erfolgt die Arbeit direkt mit den Asylbewer-
 44 ber und Flüchtlingen..

45

46 **II. Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen**

47

48 Die KPV Schleswig-Holstein bekennt sich grundsätzlich zur dezentralen Unterbringung der
 49 Flüchtlinge, damit diese schneller integriert werden können.

50 Aber die Asylbewerber sind nach dem Asylverfahrensgesetz verpflichtet, mindestens in den
 51 ersten sechs Wochen und längstens drei Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu woh-
 52 nen. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen bleiben diese aber wesentlich kürzer in den Erst-
 53 aufnahmeeinrichtungen und werden dann gleich über die Kreise auf die Gemeinden und
 54 Städte verteilt. Die kommunale Ebene kommt daher teilweise mit einer ordentlichen Unter-
 55 bringung nicht hinterher und hat auch zunehmende Schwierigkeiten, zeitnah genügend Un-
 56 terbringungsmöglichkeiten zu finden. Die KPV S-H begrüßt daher, dass weitere Erstaufnah-
 57 meeinrichtungen errichtet werden. Diese müssen aber auch zügig betriebsfertig gemacht
 58 werden und vor allem mit genügend Personal ausgestattet werden. Denn von den Erstauf-
 59 nahmeeinrichtungen dürften nur die Flüchtlinge weiter auf die Kommunen verteilt werden,
 60 die auch tatsächlich Anspruch auf Asyl haben. Andere Personen, z.B. aus den sog. sicheren
 61 Herkunftsstaaten müssen direkt von der Erstaufnahmeeinrichtung wieder in ihr Heimatland
 62 zurückgeführt werden. Das würde die Kommunen vor Ort erheblich entlasten. Daher müssen
 63 möglichst schnell, am besten innerhalb von 7 Tagen, die Asylverfahren bearbeitet werden
 64 bei Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive.

65 Für Personen, die aus sicheren Herkunftsländern stammen, sollte eine Visumpflicht einge-
 66 führt und in gesonderten Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, um sie schnel-
 67 ler in ihre Heimatländer zurückschicken zu können. Zudem muss der u.a. in Schleswig-
 68 Holstein in den letzten Jahren beschlossene pauschale „Winterabschiebestopp“ abgeschafft
 69 werden, der den Unterbringungsdruck in den Kommunen verschärft und auch dem Geist der
 70 jüngst geschlossenen Asylvereinbarung des Landes mit der kommunalen Ebene wider-
 71 spricht.

72

73 **Die KPV S-H fordert daher:**

74

- 75 • Zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftslän-
 76 dern
- 77 • Mehr Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen für die schnellere Feststellung des
 78 Status
- 79 • Bearbeitung des Asylantrags in 7 Tagen bei Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive

- 80 • Keine Verteilung von Personen auf die Kommunen, die keine Chance auf Asyl haben
- 81 • Abschaffung des pauschalen Winterabschiebestopps
- 82 • Visumpflicht für Bürger aus den „sicheren Herkunftsländern“
- 83 • Konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber nach Abschluss des Verfah-
84 rens
- 85 • Unterbringung wiedereingereister Folgeantragsteller ausschließlich in den Erstauf-
86 nahmeeinrichtungen

87

88 III. Unterbringung in den Kommunen

89 Sobald der Status der Flüchtlinge geklärt ist, müssen diese auf die Kommunen im Land ver-
90 teilt werden. Die KPV S-H bekennt sich dabei ganz klar zum Königsteiner Schlüssel.

91 Die ganz große Herausforderung in den Kommunen ist aber folglich das Finden bzw. Schaf-
92 fen von angemessenem Wohnraum. Die Kommunen gehen hier ganz unterschiedlich vor.
93 Einige Kommunen kaufen ganze Wohnblocks oder einzelne Häuser und andere wiederum
94 mieten Wohnraum an oder bauen für die Flüchtlinge neue Gebäude. Dabei ist es wichtig,
95 dass Baugenehmigungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Gerade in Kommu-
96 nen mit knappem Wohnraum besteht die Gefahr einer gewissen Konkurrenz auf dem Woh-
97 nungsmarkt. Container, die kaum noch bezahlbar zu bekommen sind, Zelte oder Gebäude
98 in Holzbauweise können eine gewisse Entlastung bringen, dürfen aber keine Dauerlösung
99 sein.

100 Um den sozialen Frieden zu wahren, muss die Kommune rechtzeitig auf die betroffenen
101 Bürger zugehen und sie über die Planung informieren. Dabei müssen auch auf die Beden-
102 ken und Sorgen der Bürger eingegangen werden.

103 So muss auch eine stärkere Polizeipräsenz in der Nähe der Gemeinschaftsunterkunft mehr
104 Sicherheit auf beiden Seiten bieten.

105 Wichtig ist auch, dass die Kommunen eine gewisse Vorlaufzeit zwischen Ankündigung und
106 tatsächlicher Zuweisung bekommen, um für die Flüchtlinge und Asylbewerber entsprechen-
107 de Vorbereitungen treffen zu können. Dazu reichen im Regelfall wenige Tage nicht aus.

108

109 Die KPV S-H fordert daher:

110

- 111 • Unterstützung des Bundes und des Landes bei der Beschaffung von Wohnraum
- 112 • Mietzinsfreie Überlassung von Bundesliegenschaften für die Schaffung von Wohn-
113 raum
- 114 • Vereinfachte und schlanke Baugenehmigungsverfahren ohne unnötige bürokratische
115 Hemmnisse.
- 116 • Längere Vorlaufzeiten vor der Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die
117 Kommunen
- 118 • Rechtzeitige Information für die Bürger vor der Unterbringung in der Kommune

119

120 **IV. Ehrenamtliches Engagement fordern und fördern**

121

122 Angesichts der weiter ansteigenden Zahlen an Flüchtlingen schaffen die hauptamtlichen
 123 Verwaltungen der Kommunen die Betreuung der Flüchtlinge nicht alleine. Sie sind auf die
 124 Hilfe und damit auf das ehrenamtliche Engagement der Bürger vor Ort angewiesen. Nur mit
 125 ehrenamtlichem Einsatz kann die Betreuung und Integration der Flüchtlinge in unsere Ge-
 126 sellschaft funktionieren. Das Land und der Bund müssen auf dieses Erfordernis aufmerksam
 127 machen und dafür werben. Zudem müssen die Ehrenamtler auch unterstützt werden, z.B.
 128 mit Seminaren, Freistellung, Sonderurlaub und auch finanziell. So könnte den Ehrenamtlern
 129 ein Stück auch materiell geholfen werden mit der Einführung einer sog. Ehrenamtskarte.
 130 Denn Menschen, die sich für andere Menschen in Not einsetzen, sollen besser gestellt wer-
 131 den, als diejenigen, die nicht helfen.

132 Die KPV Schleswig-Holstein ist aber auch der Meinung, dass die Flüchtlingsarbeit nicht ü-
 133 berwiegend durch das Ehrenamt geleistet werden darf. Die Arbeit von hauptamtlichen Kräf-
 134 ten in der Flüchtlingsarbeit ist unverzichtbar und darf nicht durch ehrenamtliche Tätigkeit voll
 135 ersetzt werden.

136 Das gilt insbesondere für die Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen und Kinder und
 137 Jugendliche, die eine besondere und professionelle Betreuung benötigen.

138 Daher müssen zwingend Fachkräfte durch das Land für die Flüchtlingsarbeit vor Ort ange-
 139 worben und eingestellt werden.

140

141 **Die KPV S-H fordert daher:**

142

- 143 • Eine arbeitszeitliche und finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer
- 144 • Fortbildung und Schulung der ehrenamtlichen Helfer
- 145 • Einführung der Ehrenamtskarte für Flüchtlingshelfer
- 146 • Die Unterstützung des ehrenamtlichen Bereiches durch hauptamtliche Kräfte, die in
 147 vollem Umfang vom Land getragen werden

148

149 **V. Auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen**

150

151 Die Kommunen leisten die entscheidende Arbeit vor Ort für die Flüchtlinge. Sie sorgen z.B.
 152 für Wohnraum und dessen Ausstattung, für Betreuung, für Nahrungsmittel, für Versiche-
 153 rungen, stellen die erforderliche Infrastruktur wie KiTas, Schulen, Sportstätten und ÖPNV zu
 154 Verfügung.

155 Seit dem 01.07.2015 zahlt das Land an die Kommunen pauschal € 900 einmalig pro Flücht-
 156 ling. Anhand der aufgezählten Verpflichtungen reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus. Er
 157 muss vielmehr an den tatsächlichen Bedarf der Kommunen für die Flüchtlinge angepasst
 158 werden. Die Kommunen müssen die Kosten vom Bund bzw. vom Land vollständig erstattet
 159 bekommen. Da die Kommunen bereits die Betreuung übernehmen und sich tagtäglich um
 160 die Flüchtlinge kümmern, kann es nicht sein, dass die Kommunen einen erheblichen Teil aus

161 ihren eigenen Haushalt tragen müssen, der unter Umständen für andere kommunale Aufga-
162 ben dann fehlt.

163

164 **Die KPV S-H fordert daher:**

165

- 166 • Eine auskömmliche Kostenerstattung vom Land bzw. vom Bund für die Kommunen,
167 sodass deren finanzielle Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird
- 168 • Landesförderung für die Errichtung, Erweiterung und den Betrieb von kommunalen
169 Gemeinschaftsunterkünften

170

171 **VI. Die Ursache bei ihrer Wurzel bekämpfen**

172

173 Krieg, Terror und Vertreibung sind Dinge, die Menschen zur Flucht aus ihren angestammten
174 Heimatländern drängen. Die Europäische Union wird aufgefordert, gemeinsam mit der Welt-
175 gemeinschaft Lösungen für diese Probleme zu finden. Denn die Folgen spüren wir bereits
176 jetzt in unseren Städten und Gemeinden. Es muss aber alles daran gesetzt werden, dass es
177 gar nicht erst zu so einer Flüchtlingswelle kommt.

178 Aber auch die Armut in vielen Ländern bringt Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Sie
179 erhoffen sich in Deutschland ein besseres Leben. Auch hier muss auf internationaler Ebene
180 dafür gesorgt werden, dass diese Länder sich wirtschaftlich entwickeln und ihrer Bevölke-
181 rung Perspektiven auf Wohlstand bieten können.

182 Zudem kommen aber auch viele Menschen nach Deutschland, weil unsere hiesigen Stan-
183 dards, wie warmer Wohnraum, Nahrungsmittel und auch die soziale Absicherung sehr hoch
184 sind. Das sog. Existenzminimum in Deutschland ist in vielen anderen Staaten ein Durch-
185 schnittseinkommen. Hier muss ein Sondertatbestand für Flüchtlinge eingeführt werden, der
186 angemessen ist. Beim warmen Wohnraum und bei den Nahrungsmitteln kann es keine Ab-
187 striche geben. Bei der Gesundheitsversorgung sollten weitestgehend nur medizinisch not-
188 wendige Grundleistungen erbracht werden. Die Ausstattung mit sog. „Taschengeld“ sollte in
189 den Erstaufnahmeeinrichtungen weitestgehend durch Sachleistungen ersetzt werden. Davon
190 ausgenommen ist selbstverdientes Geld aus einer eventuellen Beschäftigung. Diese Maß-
191 nahme macht Deutschland für reine Wirtschaftsflüchtlinge weniger interessant und führt auch
192 zu einer größeren Akzeptanz in der Bevölkerung. Hier ist auf einen möglichst einheitlichen
193 Standard innerhalb der EU hinzuwirken.

194

195 **Die KPV S-H fordert daher:**

- 196 • Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss verstärkt von der EU vorangetrieben wer-
197 den
- 198 • Kein Bargeld für Flüchtlinge und Asylbewerber seitens des Staates innerhalb der ers-
199 ten Monate des Verfahrens bzw. während ihres Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrich-
200 tungen, sondern ausschließlich Sachleistungen
- 201 • Sozialleistungen sollen für vollziehbare Ausreisepflichtige reduziert werden

202

203 **VII. Integration durch Bildung und Arbeit**

204

205 Für eine erfolgreiche Integration ist vor allem eines entscheidend: Bildung! Kinder, die nach
206 Deutschland geflohen sind, sind bereits hier schulpflichtig und werden in gesonderten Klas-
207 sen unterrichtet. Aber auch bereits Erwachsene müssen hier noch mal eine gewisse Zeit die
208 Schulbank drücken. Insbesondere um die die Sprache zu lernen, aber auch, um unser Land
209 besser kennen zu lernen.

210 Hier muss das Land mehr in Personal investieren, um entsprechende Lehrer bereitzustellen.
211 Denn gerade der Unterricht und das Vermitteln von Sprache kann nicht nur vom Ehrenamt
212 geleistet werden.

213 Viele Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind gut ausgebildet. Diese müssen be-
214 sonders gefördert werden, dass diese die deutsche Sprache lernen, um sie möglichst schnell
215 für den deutschen Arbeitsmarkt fit zu machen.

216

217 **Die KPV S-H fordert daher:**

218

- 219 • Eine verstärkte finanzielle Förderung zum Ausbau der Schulen
- 220 • Mehr Lehrkräfte für den Unterricht
- 221 • Neben dem Sprachunterricht auch allgemeinbildenden Unterricht für Erwachsene
- 222 • Eine schnellere berufliche Eingliederung von qualifizierten Flüchtlingen.
- 223 • Die Klärung der beruflichen und schulischen Qualifikation vor der Verteilung auf die
224 Kommunen
- 225 • Für arbeitsfähige Asylbewerber ein Eingliederungskonzept in den Arbeitsmarkt

226

227 Die KPV S-H steht zur Verantwortung der kommunalen Ebene, sich um die Flüchtlinge zu
228 kümmern und ihren Beitrag zur Solidarität zu leisten. Dies muss aber ausgewogen und leist-
229 bar sein. Der Bund und das Land müssen hier noch mehr in die Pflicht genommen.

230 Gemäß dem Grundsatz „vor Ort wird die Arbeit erledigt, aber das Land und der Bund müs-
231 sen die finanzielle Leistung erbringen“.

232

233 Für den KPV-Landesvorstand

234 Dr. Henning Görtz
235 (Landesvorsitzender)

236

237

+++++

238

239 Autoren: Thomas Kahle – Joachim Naumann – Ole-Christopher Plambeck